

Arbeitsmaterialien für Lehrkräfte

Kreative Ideen und Konzepte inkl. fertig ausgearbeiteter Materialien und Kopiervorlagen für einen lehrplangemäßen und innovativen Unterricht

Thema: Sozialkunde/Politik, Ausgabe: 1

Titel: Die Parteien in der Bundesrepublik Deutschland (39 S.)

Produktinweis zur »Kreativen Ideenbörse Sekundarstufe«

Dieser Beitrag ist Teil einer Print-Ausgabe aus der »Kreativen Ideenbörse Sekundarstufe« der Mediengruppe Oberfranken – Fachverlage GmbH & Co. KG*. Den Verweis auf die jeweilige Originalquelle finden Sie in der Fußzeile des Beitrags.

- ▶ Alle Beiträge dieser Ausgabe finden Sie [hier](#).

Seit über 15 Jahren entwickeln erfahrene Pädagoginnen und Pädagogen kreative Ideen und Konzepte inkl. sofort einsetzbarer Unterrichtsverläufe und Materialien für verschiedene Reihen der Ideenbörse.

- ▶ Informationen zu den Print-Ausgaben finden Sie [hier](#).

* Ausgaben bis zum Jahr 2015 erschienen bei OLZOG Verlag GmbH, München

Beitrag bestellen

- ▶ Klicken Sie auf die Schaltfläche **Dokument bestellen** am oberen Seitenrand.
- ▶ Alternativ finden Sie eine Volltextsuche unter www.eDidact.de/sekundarstufe.

Piktogramme

In den Beiträgen werden – je nach Fachbereich und Thema – unterschiedliche Piktogramme verwendet. Eine Übersicht der verwendeten Piktogramme finden Sie [hier](#).

Nutzungsbedingungen

Die Arbeitsmaterialien dürfen nur persönlich für Ihre eigenen Zwecke genutzt und nicht an Dritte weitergegeben bzw. Dritten zugänglich gemacht werden. Sie sind berechtigt, für Ihren eigenen Bedarf Fotokopien in Klassensatzstärke zu ziehen bzw. Ausdrucke zu erstellen. Jede gewerbliche Weitergabe oder Veröffentlichung der Arbeitsmaterialien ist unzulässig.

- ▶ Die vollständigen Nutzungsbedingungen finden Sie [hier](#).

Haben Sie noch Fragen? Gerne hilft Ihnen unser Kundenservice weiter:

[Kontaktformular](#) | ✉ Mail: service@eDidact.de

✉ Post: Mediengruppe Oberfranken – Fachverlage GmbH & Co. KG
E.-C.-Baumann-Straße 5 | 95326 Kulmbach

☎ Tel.: +49 (0)9221 / 949-204 | 📠 Fax: +49 (0)9221 / 949-377

<http://www.eDidact.de> | <https://www.bildung.mgo-fachverlage.de>

2.1 Die Parteien in der Bundesrepublik Deutschland

Wolfgang Sinz

Lernziele:

Die Schüler sollen

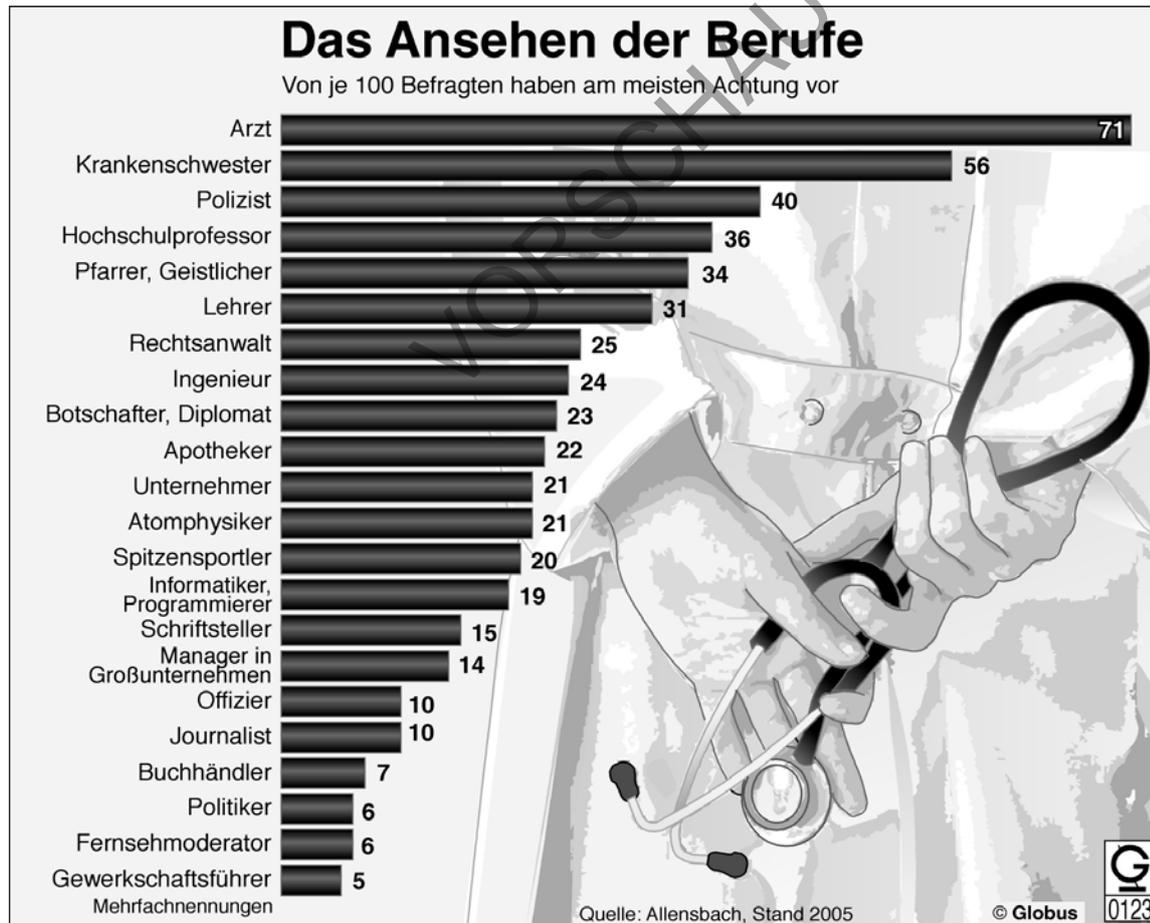
- sich mit der Bedeutung von Parteien kritisch auseinandersetzen,
- die rechtlichen Grundlagen der Parteien kennenlernen und beurteilen,
- die Funktionen einer demokratischen Partei erfassen,
- sich kritisch mit dem Begriff „Parteienverdrossenheit“ auseinandersetzen,
- erkennen, welche Folgen die Krise der Volksparteien für die demokratische Grundordnung haben kann,
- erkennen, dass sich die Anforderungen an die Problemlösungskompetenz der Parteien in den letzten Jahren erheblich erhöht haben,
- sich mit den Einkünften eines Abgeordneten bzw. eines Spitzenpolitikers befassen,
- sich bewusst werden, dass eine Demokratie ohne persönliches politisches Engagement nicht funktionieren kann.

Didaktisch-methodischer Ablauf	Inhalte und Materialien (M)
I. Meinungen über Parteien Anhand von Zitaten können sich Schüler mit der Kritik an den Parteien in den letzten 150 Jahren auseinandersetzen.	→ Denkwürdiges zum Begriff „Partei“/M1 (Text)
II. Spitzenpolitiker in Deutschland Eine Folie mit 20 deutschen Spitzenpolitikern sowie ein Arbeitsblatt ermöglichen einen ersten Einstieg in das Thema „Parteien in Deutschland“.	→ „Who is who“ in der deutschen Politik?/M2a (Farbfolie) → „Who is who“ in der deutschen Politik?/M2b (Schülervorlage) → <i>Lösungen/M2c (Tabelle)</i>
III. Rechtliche Stellung und Funktionen der Parteien Im Gegensatz zur Weimarer Republik sind die Parteien heute als zentraler Bestandteil der politischen Willensbildung in der Verfassung verankert. Ausgehend hiervon können die zentralen Funktionen der Parteien erarbeitet werden.	→ Parteien im Grundgesetz und im Parteiengesetz/M3a (Übersicht) → Funktionen der Parteien/M3b (Tafelanschrieb)
IV. Jugend und Politik Die Shell-Studie 2006 belegt, dass das politische Engagement der Jugendlichen immer mehr nachlässt. Mithilfe einer Bestandsanalyse aus der Sicht eines 20-Jährigen und einer Statistik können Ursachen und Auswirkungen der Parteienverdrossenheit diskutiert werden.	→ Wenn Politik das Träumen zuließe/M4a (Text) → <i>Lösungen/M4b (Tafelanschrieb)</i> → Vertrauen Jugendlicher in gesellschaftliche Gruppierungen und Institutionen/M4c mit Befragungsergebnissen (Diagramm)

<p>V. Erwartungen an Parteien</p> <p>Zum einen nimmt die Problemlösungskompetenz der Parteien in Deutschland in der Wahrnehmung vieler Bürger immer weiter ab, zum anderen steigen die Erwartungen an die Parteien immer mehr an. Dieser Gegensatz soll mithilfe einer Statistik visualisiert werden.</p> <p>Im Anschluss sammeln die Schüler Erwartungen der Bundesbürger an die Parteien. Die beiliegende Farbfolie dient als Impuls.</p>	<p>→ Problemlösungskompetenz deutscher Parteien/ M5a (Statistik) mit Lösungen</p> <p>→ Erwartungen der Bundesbürger an die Parteien/ M5b (Farbfolie)</p> <p>→ Lösungen/M5c (Tafelanschrieb)</p>
<p>VI. Volksparteien</p> <p>Vor allem die Volksparteien, lange Zeit mit über 40 % bei Bundestagswahlen erfolgreich, sind in den letzten Jahren in eine Krise geraten. Gefangen im „30%-Turm“ scheinen sie nicht mehr in der Lage zu sein, an alte Wahlerfolge anzuschließen. Doch nicht nur die „catch all parties“ unterliegen einer Veränderung. Die Umbrüche in unserer Gesellschaft haben gravierenden Einfluss auf das Wahlverhalten der Bundesbürger.</p> <p>Erwächst aus der Krise der Volksparteien eine Krise der Demokratie?</p>	<p>→ Das Ende der Volksparteien?/M6a (Karikatur)</p> <p>→ Lösungen/M6b</p> <p>→ Von der Parteien- zur Demokratieverdrossenheit?/ M6c (Tafelanschrieb)</p> <p>→ Die Volksparteien in der Krise/M6d (Text)</p> <p>→ Lösungen/M6e (Tafelanschrieb)</p>
<p>VII. Die Diäten – ein immerwährendes Streitthema</p> <p>Kaum ein Thema wird kontroverser diskutiert als die Höhe der Diäten deutscher Politiker. Den oftmals wenig fundierten Behauptungen soll ein Überblick über die Einkünfte der Bundestagsabgeordneten gegenübergestellt werden.</p> <p>Eine grafische Darstellung über die Arbeitsbelastung eines Abgeordneten soll die Diskussion über die Diäten relativieren!</p> <p>Heftig umstritten sind auch die Nebeneinkünfte von Parlamentariern. Pro- und Kontra-Argumente werden hier einander gegenübergestellt.</p> <p>Abschließend wird die Frage problematisiert, ob die deutschen Spitzenpolitiker überbezahlt oder ob sie nicht sogar – angesichts der Verantwortung, die sie tragen – unterbezahlt sind.</p>	<p>→ Politikerdienste/M7a („Bild“-Schlagzeile)</p> <p>→ Entschädigung der Abgeordneten des Bundestages/ M7b bis d (Text)</p> <p>→ Was Abgeordnete verdienen/M7d (Schaubild)</p> <p>→ Lösungen/M7e und f (Tafelanschrieb)</p> <p>→ Das verkaufte Parlament/M7g und h (Text)</p> <p>→ Abgeordnete warnen vor „Beamtenparlament“/ M7i (Text)</p> <p>→ Lösungen/M7j (Tafelanschrieb)</p> <p>→ Macht statt Moneten/M7k und l (Text)</p> <p>→ Spitzeneinkommen in Sport und Wirtschaft 2005 pro Monat/M7l (Tabelle)</p>
<p>VIII. Parteienfinanzierung</p> <p>Damit die Parteien ihre rechtlich verankerten Aufgaben wahrnehmen können, existiert in der Bundesrepublik eine „staatliche Teilfinanzierung“, deren Ziel ein Opti-</p>	<p>→ Parteienfinanzierung/M8a (Übersicht)</p> <p>→ Wahlkampfkostenerstattung/M8a (Tabelle)</p> <p>→ Lösungen/M8b (Tabelle)</p>

Anmerkungen zum Thema:

Kaum eine Institution in Deutschland unterliegt einer derartigen Kritik wie die **Parteien** und ihre **Spitzenpolitiker**. Der Politiker rangiert auf dem drittletzten Platz der angesehensten Berufe. Die Mehrheit der Bundesbürger über 16 Jahre äußert sich enttäuscht über die im Bundestag vertretenen Parteien (Allensbach IfD-Umfrage 7094, 10.2006).



Wahlerfolge der rechtsextremen Parteien DVU und NPD in Ostdeutschland, das schlechte Abschneiden der großen Volksparteien bei der Bundestagswahl 2005 und nicht zuletzt politische Skandale zeigen, dass sich **das Ansehen der etablierten Parteien nachhaltig verändert hat**. Schlagwörter wie *Parteien-* und *Politikverdrossenheit* werden immer wieder in den Medien thematisiert. In der Schwäche der großen Volksparteien wähen manche politische Beobachter sogar eine **Gefahr für die Demokratie** in Deutschland.

Dennoch ist die moderne Demokratie unvorstellbar ohne demokratisch verfasste Parteien.

Den Parteien kommt nach **Art. 21 Grundgesetz** eine entscheidende Bedeutung bei der politischen Willensbildung zu. Das GG und das Parteiengesetz tragen den Erfahrungen der Weimarer Republik Rechnung, in der die Interessenvertretungsparteien keinen verfassungsrechtlichen Rückhalt besaßen. Parteien stellen in der Bundesrepublik Deutschland das Bindeglied zwischen dem Souverän und der Legislative bzw. der Exekutive dar. Als Regierungsparteien unterstützen sie die Regierung, als Oppositionsparteien üben sie eine Kontrollfunktion aus und zeigen Alternativen auf.

Dabei wird als Partei eine auf Dauer angelegte Organisation politisch gleichgesinnter Menschen bezeichnet. Sie verfolgt u.a. bestimmte wirtschaftliche und gesellschaftliche Vorstellungen, die in Partei-Programmen festgeschrieben sind. Ihr Ziel ist das erfolgreiche Abschneiden bei Wahlen und die Übernahme von Regierungsverantwortung.

Der nach 1945 mit der CDU/CSU entstandene neue Typus der Volkspartei erleichtert die Kompromissfindung innerhalb einer Partei und zwischen den Parteien. Spätestens mit dem Godesberger Programm der SPD im Jahr 1959 besitzt die Bundesrepublik Deutschland zwei große Volksparteien.

Nach Peter Lösche (vgl. Tippkasten) haben die Parteien heute vier zentrale Funktionen:

- I. Die Rekrutierung der politischen Elite auf kommunaler Ebene genauso wie auf Landes- und Bundesebene. **(Selektionsfunktion)**
- II. Das Aufgreifen der Einzelinteressen ihrer Mitglieder und Wähler und die Suche nach innerparteilichen Kompromissen. **(Aggregationsfunktion)**
- III. Das Aushandeln von Kompromissen mit dem jeweiligen Koalitionspartner, um möglichst die Interessen der eigenen Klientel durchzusetzen. **(Mediatisierungsfunktion)**
- IV. Gelingt es den Parteien, tragfähige Kompromisse zu finden und anstehende Probleme zu lösen, tragen sie einen erheblichen Anteil am sozialen Frieden. **(Friedensfunktion)**

Eine Ursache, warum die etablierten Parteien in den letzten Jahren stark an Ansehen eingebüßt haben, ist der **grundlegende Wandel der Gesellschaft**. Soziale Milieus lösen sich auf, der Stammwähler weicht immer mehr dem Wechsel- oder Nichtwähler.

Galten früher soziale Sicherheit und der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit als Hauptaufgaben der Politik, so kommen heute **neue Herausforderungen** hinzu: Globalisierung, Klimawandel, demographische Entwicklung, internationaler Terrorismus, Staatsverschuldung und europäische Integration – um nur die wichtigsten zu nennen. Dies alles sind Probleme, die nicht ohne einschneidende, zum Teil die Bürger belastende Entscheidungen zu lösen sein werden. Der Streit zwischen den Parteien um die beste Lösung ist dabei ein integrativer Bestandteil der Demokratie.

Das Ziel aller Parteien ist und bleibt aber der **Machterwerb** bzw. der **Machterhalt**. Sie müssen sich bei Wahlen – anders als Verbände und Bürgerinitiativen – dem Votum der Wähler stellen. Ihre Entscheidungsmöglichkeiten sind aber durch die **europäische Integration** schon heute zum Teil erheblich eingeschränkt. In Zukunft wird die Vermittlung von politischen Entscheidungen eine der zentralen Aufgaben von Parteien und ihren Spitzenpolitikern sein.